



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Bezirksausschuss Stromberg**
Sitzungsort : **Stromberg, Münsterstraße 37, Alte Vikarie**
Sitzungstag : **Dienstag, 10.09.2019**
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
Sitzungsende : **20:45 Uhr**

Vorsitz

Herr Winfried Kaup

Teilnehmer

Herr Josef Becker
Herr Martin Flaskamp
Frau Elisabeth Heß in Vertretung für Herrn Paul Ostberg
Herr Manfred Horsthemke
Herr Werner Jakobi in Vertretung für Herrn Franz-Josef Helmers
Herr Bonito Kohaus
Frau Hiltrud Krause
Herr Josef Krause
Herr Norbert Krumtünger in Vertretung für Herrn Benedikt Diekhans
Herr Ludger Lücke
Herr Johannes Oberscheidt
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Peter Sonneborn
Herr Karl-Josef Strothmeier
Herr Wolfgang Thomann
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert in Vertretung für Frau Silvia Brede
Frau Marie-Theres Winter

Verwaltung

Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop
Herr André Leson
Herr Albert Reen
Frau Andrea Westenhorst

Schritfführer

Herr Robin Ossenbrink

Gäste

Herr Ralf Hübscher
(Breitbandkoordinator des Kreises
Warendorf)

zu TOP 5

Es fehlten entschuldigt:

Frau Silvia Brede
Herr Benedikt Diekhans
Herr Franz-Josef Helmers
Herr Paul Ostberg
Herr Gerhard Walter

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Bestellung eines Schriftführers Vorlage: B 2019/011/4353	4
2. Einwohnerfragestunde	4
3. Befangenheitserklärungen	4
4. Niederschrift über die Sitzung vom 4. Juni 2019	4
5. Sachstandbericht Breitbandausbau - Kreisweites Förderprogramm -Vortrag Herr Hübscher (Breitbandkoordinator)	5
6. Erweiterung des Stellplatzangebotes um die Lambertusschule Vorlage: B 2019/661/4330	6
7. Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden	10
8. Bericht der Verwaltung und Anfragen an die Verwaltung	10
9. Aktuelle Sachstände zur Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Zukunft Stromberg	11
10. Verwendung der Verfügungsmittel	12
11. Verschiedenes; allgemeine Aussprache	12

Der Vorsitzende Herr Kaup begrüßt die Damen und Herren des Bezirksausschusses Stromberg, Frau Haunhorst von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer. Ganz besonders begrüßt er Herrn Bürgermeister Knop und Herrn Hübscher vom Kreis Warendorf sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr Kaup teilt mit, dass Frau Silvia Brede, Herr Benedikt Diekhans, Herr Franz-Josef Helmers, Herr Paul Ostberg und Herr Walter nicht an der Sitzung teilnehmen können. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und eröffnet die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung eines Schriftführers Vorlage: B 2019/011/4353

Herr Kaup trägt vor:

Gemäß § 52 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist über die in Ausschüssen gefassten Beschlüsse eine Niederschrift aufzunehmen. Hierfür sind Schriftführerinnen/Schriftführer vom Ausschuss zu bestellen.

Die Verwaltung schlägt vor, folgende Verwaltungsmitarbeiter zu Schriftführern für den Bezirksausschuss Stromberg zu bestellen:

- Herr Robin Ossenbrink
- Herr Nils Brinkrode (im Vertretungsfall)

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Stromberg bestellt Herrn Robin Ossenbrink und Herrn Nils Brinkrode (im Vertretungsfall) einstimmig zu Schriftführern.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3. Befangenheitserklärungen

Befangenheitserklärungen liegen nicht vor und es werden auch keine abgegeben.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Niederschrift über die Sitzung vom 4. Juni 2019**Beschluss:**

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 4. Juni 2019 zur Kenntnis.

5. Sachstandbericht Breitbandausbau - Kreisweites Förderprogramm -Vortrag Herr Hübscher (Breitbandkoordinator)

Herr Hübscher, Breitbandkoordinator des Kreises Warendorf gibt den Ausschussmitgliedern anhand der beigefügten Präsentation einen Überblick über den aktuellen Stand „Bundesförderprogramm Breitband – Breitband im Kreis Warendorf“ und beantwortet im Anschluss einige Fragen dazu.

Herr Flaskamp möchte wissen, wer sich um den Einzug von privaten Grundstücksflächen kümmere, in denen Glasfaser verlegt werde. Herr Hübscher teilt mit, dass überwiegend auf öffentlichen Flächen verlegt werde.

Herr Poppenberg erkundigt sich, ob das Glasfasersystem auch über Oberleitungen gelegt werden könne. Herr Hübscher führt aus, dass dies möglich sei, jedoch zu dem Zweck keine neuen Oberleitungen errichtet würden.

Auf Anfrage von Herrn Sonneborn bestätigt Herr Hübscher, dass alle Haushalte, jede Adresse einen Anschluss erhalten würden. Herr Sonneborn fragt weiter nach, ob private Haushalte in Wohngebieten, denen bisher kein Festanschluss angeboten werde, bevorzugt würden. Herr Hübscher bestätigt, dass solche Fälle, in denen die Leitungen der Telekom voll belegt seien, bekannt wären und im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt würden. Herr Leson erkundigt sich, ob die Lage vorhandener Leerrohre im Vorfeld abgefragt würden. Herr Hübscher bestätigt dies, jedoch könnten vorhanden Leerrohre nicht in jedem Fall für den Breitbandausbau sinnvoll genutzt werden. Auf weitere Nachfrage von Herrn Leson, teilt Herr Hübscher mit, dass das ausführende Unternehmen später keine Verträge mit den Kommunen schließen müsse. Dies erfolge im Rahmen eines übergeordneten Vertrages.

Herr Poppenberg möchte wissen, ob beabsichtigt sei, die Funkstationen für den Mobilfunk weiter auszubauen. Herr Hübscher bestätigt dies, merkt aber an, dass der Mobilfunk kein Ersatz für Glasfaser sei.

Herr Sonneborn erkundigt sich nach aktuellen Informationsmöglichkeiten. Dazu teilt Herr Hübscher mit, dass im Rahmen der Ausbauplanung eine eigene Website bereitgestellt werde. Auf Anfrage von Herrn Kohaus teilt Herr Hübscher mit, dass Richtfunk bei der Ausbauplanung nicht berücksichtigt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Leson führt Herr Hübscher aus, dass das Netz später für alle Anbieter offen sei, dies sei auch Voraussetzung für das Förderprogramm. In der Regel nutze aber nur der spätere Ausbauer das Netz.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Erweiterung des Stellplatzangebotes um die Lambertusschule Vorlage: B 2019/661/4330

Herr Leson trägt vor:

Auf die Vorlage M 2019/011/4393 zum letzten Bezirksausschuss Stromberg wird an dieser Stelle verwiesen.

Aus dem Bezirksausschuss kam der Wunsch, das Vorhaben zunächst zurückzustellen und eine Klärung mit der Leitung der Lambertusschule hinsichtlich der Nutzung des Schulgartens für mögliche Stellplätze herbeizuführen. Außerdem wurde seitens der Fraktionen angekündigt, dass diese noch einige Fragen zur vorgestellten Planung rund um die Schule hätten und diese im Vorfeld zur nächsten BZA-Sitzung an die Verwaltung richten wollten.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Vorlage sind jedoch keine Fragen aus der Politik an die Verwaltung herangetragen worden. Ein weiteres Gespräch mit Frau Lutterbeck als Leiterin der Lambertusschule hat stattgefunden. Danach wurden die geplanten Stellplätze im Bereich des Schulgartens wieder zurückgenommen und die denkbare Umfahrung des Schulgeländes ebenfalls aus der Planung entfernt. Weiterhin gab es noch Korrekturen an der Führung der Gehwege.

Herr Leson erläutert den aktuellen Stand der Planung:

Es sollen 9 Stellplätze am Wiedenbrücker Tor zwischen den vorhandenen Bäumen hergestellt werden. Darüber hinaus sind maximal 18 Stellplätze an der Schulstraße vor dem Schultrakt möglich. Hier soll im Zuge der Schaffung zur Erhöhung der Sicherheit der Gehweg hinter die geplanten Stellplätze verlegt werden. Diese in der Summe 27 Stellplätze bilden einen ersten Bauabschnitt.

Sollte die Erfahrung im Betrieb zeigen, dass die so bereitgestellte Anzahl nicht ausreicht, können im nördlichen Bereich der Schulstraße sowie in der Straße Zur Clemenshöhe noch weitere 25 Plätze geschaffen werden. Die bisherigen Schulparkplätze (inkl. Lehrerparkplatz) bleiben in ihrer jetzigen Ausführung bestehen.

Eine negative Beeinflussung der neuen Stellplätze auf den Schulbetrieb inklusive des an- und abfahrenden Schülerverkehrs wird nicht gesehen, da sich die überwiegenden Nutzungszeiten der zusätzlichen Stellplätze für Veranstaltungen in Stromberg auf Zeiten außerhalb des Schulbetriebes erstrecken.

Finanzwirtschaftliche Daten

Haushaltsmittel sind im derzeit geplanten Haushaltsansatz für 2020 enthalten.

Gesamtvolumen der Maßnahme: 160.000 EUR, davon 1. BA 85.000 EUR

Erläuterungen / Bemerkungen:

Im Finanzplan werden für 2020 Haushaltsmittel für den 1. BA (27 Stellplätze) in Höhe von 85.000 € abgebildet. Bei weiterem Bedarf gemäß der nachfolgenden Erläuterungen können über den Haushaltsansatz für 2021 zusätzliche 75.000 € angesetzt werden. Die Ausführung des 1. Bauabschnitt erfolgt natürlich erst nach Inkrafttreten des Haushalts 2020.

Herr Leson ergänzt, dass die Planung gemeinsam mit der Leitung der Lambertusschule überarbeitet worden sei. Aufgrund der Gespräche seien die nördliche Umfahrt und auch die Stellplätze im Bereich des Schulgartens aus der Planung genommen worden. Nach Rücksprache mit der Schulleiterin führen die Gehwege hinter den Stellplätzen vorbei, um Kreuzungen mit dem Gehweg zu vermeiden. Es könnten maximal 52 Stellplätze geschaffen werden, im ersten Schritt die am Wiedenbrücker Tor und anschließend an der Schulstraße, so Herr Leson. Anschließend solle die Frequentierung beobachtet werden, um zu entscheiden, ob ein weiterer Bauabschnitt erforderlich sei. Bei verschiedenen Besichtigungen zentraler Stellplatzanlagen sei festgestellt worden, dass diese zu keiner Zeit voll besetzt waren.

Frau Krause sieht die Planung kritisch, denn das Schulgelände werde auch außerhalb der regulären Schulzeiten genutzt. Sie ist der Meinung, dass sich die Kinder nicht mehr sicher fühlen würden, aber ein Schulhof sollte für Kinder doch ein sicherer Ort sein. Herr Leson weist darauf hin, dass der Gehweg darum ganz bewusst hinter die Stellplätze gelegt werde, um Sicherheit zu schaffen.

Herr Bürgermeister Knop ergänzt, dass der Schulhof ein sicherer Ort bleibe, da die Fahrzeuge den Gehweg nicht kreuzen würden. Die Planung sei in verkehrstechnischer Sicht abgestimmt. Während der Nachmittagsbetreuung finde kein Parksuchverkehr statt, da es sich nicht um eine Durchfahrtsstraße handele. Es sei ferner kein erhöhtes Verkehrsaufkommen ersichtlich. Großveranstaltungen mit entsprechendem Verkehrsaufkommen würden außerhalb der Schulzeit stattfinden. Dementsprechend sei auch die erste Einschätzung der Schulleitung gewesen. Herr Bürgermeister Knop kann die Auffassung, dass mehr Stellplätze auch mehr Verkehrsaufkommen bedeutet, nicht teilen. Fachleute hätten die Planung nach Prüfung als unkritisch bewertet, die Situation betreffe Kinder nicht mehr als an anderen Stellen auch.

Herr Sonneborn ist der Meinung, dass im Bereich der Schule nur darum kein Parksuchverkehr stattfindet, weil dort aktuell die Stellplätze nicht als öffentliche Parkfläche ausgewiesen sind. Wenn dort öffentliche Stellplätze angelegt werden, finde auf jeden Fall ein Parksuchverkehr dort statt. Herr Sonneborn sieht damit verbunden erhebliche verkehrliche Probleme, insbesondere im Einmündungsbereich, da Wendeverkehr im Bereich des Fußweges entstehen werde. Bis 16 Uhr seien Kinder auf dem Schulgelände und würden dieses zu Fuß verlassen. Allein der Anschein einer möglichen Gefährdung der Kinder sollte ein Grund sein, dort keine Stellplätze anzulegen.

Herr Bürgermeister Knop kann keine Besucherströme erkennen. In Stromberg bestehe in der Woche stets die Möglichkeit, einen Parkplatz zu bekommen. Er habe persönlich festgestellt, dass auch der Burgplatz in der Woche nahezu frei sei von parkenden Autos. An normalen Wochentagen bestehe kein Parkdruck. Großveranstaltungen seien als Ausnahme natürlich anders zu betrachten.

Ferner ist Herr Bürgermeister Knop der Meinung, dass Kinder im Straßenverkehr auch den Umgang mit Gefahrensituationen lernen müssen, denn sie bewegen sich tagtäglich im öffentlichen Verkehrsraum. Auch die Mitarbeiter des Ordnungsamtes könnten kein erhöhtes Risiko erkennen. Die vorgestellte Planung sei zunächst eine Alternative.

Für Herrn Poppenberg liegen die angedachten Stellplätze um die Lambertusschule zu weit vom Dorfkern entfernt. Er schildert die Parkplatzverhältnisse in der Münsterstraße und am Marktplatz. Im Ortskern seien deutlich zu wenig öffentliche Stellplätze. Der Hagengarten sei eine optimale Lösung des Parkplatzproblems.

Herr Leson hält es nicht für sinnvoll, ein planungsrechtliches Verfahren einzuleiten, das in eine Sackgasse führe. Er erläutert die Rechtslage:

Rahmenbedingungen Denkmalschutz Hagengarten

Keine Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde, sondern

- > „Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung“
- > daher keine offene Abwägung, sondern Entscheidung nach denkmalrechtlichen Kriterien
- > Stadt unterliegt Rechtsaufsicht und Weisungsrecht der Aufsichtsbehörde
- > Nach der fachlichen Einschätzung des zuständigen Fachdienstes und des Kreises darf eine Genehmigung nicht erteilt werden

Wenn der Rat entgegen der eindeutigen Rechtslage einen Beschluss fasse, müsse der Bürgermeister diesen Beschluss beanstanden.

Herr Poppenberg weist auf einen Vergleichsfall in Ennigerloh hin, bei dem die Gemeinde gegen die denkmalrechtliche Entscheidung klage. Herr Bürgermeister Knop schildert in diesem Zusammenhang den Sachstand zur Unterschutzstellung der Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Overbergschule. Hier habe die Stadt die Entscheidung der Denkmalbehörde ebenfalls nicht akzeptiert, was dazu geführt habe, dass der Landrat die Anweisung zur Unterschutzstellung der ehem. Overbergschule angekündigt habe. Auch hier habe man sich der Entscheidung der Denkmalbehörde beugen müssen. Und ebenso verhalte es sich bei der Fläche Hagengarten. Das Ignorieren der denkmalrechtlichen Stellungnahme würde das Verfahren in die Länge ziehen, jedoch nichts am Ergebnis ändern.

Herr Oberscheidt ist der Meinung, dass hier insbesondere die Struktur der Dörfer zu beachten sei. Die Altersstruktur sei eine andere als in den Städten und öffentliche Stellplätze müssten zentral liegen.

Herr Josef Becker teilt mit, dass die öffentlichen Stellplätze in Stromberg auch in der Woche stets voll besetzt seien, insbesondere auch durch Besucher des Cafés Heinrich, des Restaurants Burggraf, selbst auf den privaten Stellplätzen des ansässigen Arztes würde geparkt. Die Menschen seien nicht bereit oder auch körperlich häufig nicht in der Lage, weite Wege zu gehen. Stellplätze an der Schule seien definitiv zu weit vom Ortskern entfernt.

Frau Krause steht der Stellplatzplanung rund um die Schule ebenfalls kritisch gegenüber. Fraglich sei unter anderem, wie die Anlieger mit den Stellplätzen umgehen würden und wie der Wendeverkehr geregelt werden könnte. Es wird in diesem Zusammenhang kurz geklärt, dass auf dem Marktplatz aufgrund einer Bedingung des Förderbescheides nicht geparkt werden darf.

Herr Wiesch sieht in der Fläche rund um die Schule unter den gegebenen Umständen zumindest im ersten Bauabschnitt als derzeit einzige Möglichkeit, öffentliche Stellplätze zu schaffen, wenn dies auch nicht die optimale Lösung sei. Herr Leson führt dazu aus, dass für den ersten Bauabschnitt für das Jahr 2020 Haushaltsmittel eingestellt seien. Es sollten dann zunächst Erfahrungen im Umgang und in der Belegung der Stellplätze gesammelt werden bevor über einen zweiten Bauabschnitt entschieden werde.

Herr Sonneborn möchte wissen, ob es möglich sei, dass ein externer Gutachter die Sachlage neutral begutachte und bewerte. Zum einen liege die Fläche ja nur angrenzend an ein Bodendenkmal und so gesehen, liege das halbe Dorf an der Bodendenkmalfläche. Die Argumente der Denkmalbehörde könnten ja theoretisch widerlegt werden. Die Argumente sollen nach Meinung von Herrn Sonneborn fachlich überprüft werden. Es sei möglich, die Stellplätze ohne Abtragen des Mutterbodens anzulegen. Herrn Sonneborn sind einige Bodendenkmäler bekannt, in deren unmittelbarer Nähe Baumaßnahmen getätigt wurden. Herr Leson weist darauf hin, dass der Mutterboden zur Anlegung von Stellplätzen zwingend abgetragen werden müsse. Er bietet an, sich nach zugelassenen Gutachtern zu erkundigen, die die Fläche beurteilen würden.

Herrn Sonneborn ist wichtig, jegliche Baumaßnahmen zu vermeiden, bei denen auch nur ansatzweise die Gefahr besteht, dass Kinder gefährdet werden oder auch unnötigen Lärmbelastungen ausgesetzt seien. Herr Bürgermeister Knop unterstreicht erneut, dass durch die geplanten Stellplätze rund um die Schule keine Gefährdung für die Kinder entstehen würde. Anderenfalls hätte die Verwaltung, in Abstimmung mit den Fachleuten, diesen Vorschlag nie eingebracht.

Herr Krause sieht ebenfalls Gefährdungspotential bei den Stellplätzen rund um die Schule und spricht sich gegen die Planung aus. Herr Josef Becker schlägt vor, die bereits vorhandenen öffentlichen Stellplätze zunächst auszuschildern, um in Erfahrung zu bringen, ob diese tatsächlich genutzt werden. Herr Leson sagt eine Überprüfung zu.

Herr Kohaus befürchtet eine Vielzahl von Beeinträchtigungen und Verkehrsgefährdungen im Zusammenhang mit den Stellplätzen an der Schule. Er schließt sich der Meinung an, dass diese Stellplätze zu weit vom Ortskern entfernt seien.

Herr Poppenberg ist der Meinung, dass die Verwaltung noch einmal mit dem Kreis Warendorf sprechen sollte. Herr Leson weist darauf hin, dass die Verwaltung sich über die Argumentation des Kreises (Untere Landschaftsbehörde) hinwegsetzen könne, jedoch nicht über die Argumente des Landschaftsverbandes als Obere Denkmalbehörde.

Herr Strothmeier hält die vorgeschlagene Alternativplanung für den falschen Weg und sieht in mehrfacher Hinsicht verkehrsgefährdende Probleme (keine sichere Verkehrsführung gewährleistet, gefährliches Rückwärtsfahren, Unfallgefahr im Einmündungsbereich An der Schanze, zu schmale Zufahrten). Er betont erneut, dass die Fläche Hagengarten selbst kein Bodendenkmal sei, sondern lediglich an eines angrenze. Derzeit handele es sich um eine unansehnliche Brachfläche und der dringende Stellplatzbedarf sei nicht von der Hand zu weisen. Ergänzt um den Fußweg biete die Fläche einen schönen Weg über das Burgareal und wäre ein Gewinn für Stromberg. Die Verwaltung solle diesen Weg weiterverfolgen.

Herr Oberscheidt spricht noch einmal die städtischen Wohnhäuser in der Hüfferstraße an, die seiner Meinung nach nicht mehr dem üblichen Mietstandard entsprechen würden. Hier biete sich die Möglichkeit, öffentliche Stellplätze zu schaffen, zumindest in den nächsten Jahren, da die Häuser wohl wirtschaftlich nicht mehr darstellbar seien und abgebrochen werden könnten. Herr Bürgermeister Knop weist darauf hin, dass beide Häuser komplett langjährig vermietet und auch vermietungsfähig seien. Ein Abbruch käme nicht in Frage, da dringend Wohnraum in dem Preisbereich benötigt werde. Herr Leson ergänzt, dass die Verwaltung sich in den Vorjahren bereits mit diesem Vorschlag beschäftigt habe, dieser jedoch aus bauplanungs- und lärmschutzrechtlichen Gründen unzulässig sei.

Herr Thomann ist im Zusammenhang mit dem Erfordernis von sozialem Wohnungsbau der Meinung, dass auf dem stillgelegten Spielplatz in der Bernhard-Rest-Straße ein entsprechendes Gebäude errichtet werden könnte. Herr Bürgermeister Knop teilt dazu mit, dass die Verwaltung an der Fläche dran sei, ein Vorhaben jedoch derzeit weder finanziell noch personell entwickelt werden könnte. Frau Krause weist darauf hin, dass es zu wenig Investoren für den Sozialen Wohnungsbau gebe.

Herr Oberscheidt weist noch auf die Möglichkeit einer Tiefgarage hin. Herr Flaskamp schildert Maßnahmen in Xanten, wo Parkplätze bis direkt an das Bodendenkmal angelegt würden.

Herr Kaup fasst die Ergebnisse der Diskussion zusammen:

- versuchsweise Ausschilderung der vorhandenen Stellplätze an der Lambertusschule für Ortsfremde und den Parksuchverkehr
- Beauftragung eines Gutachters mit der Überprüfung der Fläche Hagengarten auf Eignung als Stellplatzfläche

Herr Sonneborn spricht sich gegen die Parkplatzausschilderung aus. Damit leite man problembehafteten Verkehr in einen sensiblen Bereich, genau das wolle man aber doch vermeiden. Frau Krause ist der Meinung, dass eine Ausschilderung der Stellplätze nur dann Sinn mache, wenn die vorgestellte Planung weiterverfolgt werde.

Herr Kaup schlägt vor, die Ausschilderung zurückzustellen. Damit erklärt sich der Bezirksausschuss Stromberg einstimmig einverstanden.

Herr Sonneborn stellt im Namen der CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die Planungen zur Erweiterung des Stellplatzangebotes um die Lambertusschule sollen nicht weiterverfolgt werden.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, durch einen externen Gutachter überprüfen zu lassen, ob einer Nutzung der Fläche „Hagengarten“ als öffentliche Stellplatzfläche denkmalschutzrechtliche Belange entgegenstehen

Herr Kohaus ist der Meinung, dass an dem Besichtigungstermin durch den späteren Gutachter auch Vertreter des Bezirksausschusses teilnehmen sollten.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Stromberg beschließt mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen dem in der Sitzung am 10.09.2019 nach Beratung gestellten Antrag zu folgen. Der Antrag beinhaltet:

Die Planungen zur Erweiterung des Stellplatzangebotes um die Lambertusschule wird gestoppt.

Die Verwaltung wird beauftragt, durch einen externen Gutachter überprüfen zu lassen, ob einer Nutzung der Fläche „Hagengarten“ als öffentliche Stellplatzfläche denkmalschutzrechtliche Belange entgegenstehen.

7. Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden

Herr Kaup berichtet über Fortschritte bei der Umsetzung verschiedener Punkte aus dem Entwicklungskonzept Zukunft Stromberg (Ortsinformationstafeln, Karten, Materialsammlung für Info-Spot, Regelungen mit Behörden/Institutionen zu Standorten der Ortsinfo-Tafeln).

Die Verfügungsmittel Dorffentwicklung würden aufgrund der Bewirtschaftungssperre nur noch für die bereits begonnenen Projekte ausgezahlt, informiert Frau Westenhorst. Herr Kaup führt aus, dass der Dorffilm in zwei Abschnitten gedreht werden sollte. Der erste Abschnitt würde seit Ostern gefilmt, der zweite Abschnitte solle dann im nächsten Jahr aufgenommen werden. Herr Kaup sieht die Gefahr, dass Ehrenamtler aufgrund der gesperrten Mittel verschiedene Projekte liegen lassen würden.

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über verschiedene Veranstaltungen (attraktive Veranstaltungen im Gaßbachtal / Freibad u. a. Ferienspieltage / Seifenkisten-rennen / Oldtimertreffen/Käfertreffen, gelungener Pflaumenmarkt / Fest Kreuzerhöhung, zahlreiche, gut angenommene Angebote des Kulturgutes Haus Nottbeck, Hinweis auf die Beendigung der Burgbühnen-Saison). Der Vorsitzende informiert dann über die Fortführung der Bankaustauschaktion. Herr Krause ergänzt den Bericht mit Informationen über den sehr guten Verlauf der Freibadsaison.

Abschließend weist Herr Kaup auf das Jubiläum 50 Jahre Grundschule Stromberg am 20.09.2019 hin.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt den Bericht des Ausschussvorsitzenden zur Kenntnis.

8. Bericht der Verwaltung und Anfragen an die Verwaltung

Herr Leson teilt zu der geplanten Aufstellung von Informationstafeln mit, dass ein entsprechender Gestattungsvertrag mit StraßenNRW geschlossen worden sei und die Tafeln aufgestellt werden könnten.

Zur Entwicklung neuer Bauflächen in Stromberg führt Herr Leson aus, dass nunmehr geplant sei, angrenzend an das Baugebiet Südlich der Beckumer Straße weitere Bauplätze auszuweisen. Nach Grundstücksverhandlungen und verschiedenen Überprüfungen könne die Fläche nun in die Entwicklung gebracht werden, so Herr Leson. Es könnten dort 30 bis 40 Bauplätze entstehen. Die Bezirksregierung trage die Erweiterung des vorhandenen Baugebietes an der Stelle mit.

Die Fläche könne entwässert, die vorhandene Infrastruktur mit dem Regenrückhaltebecken und dem Kinderspielplatz sinnvoll genutzt werden. Die Erschließung des Baugebietes sei für das Jahr 2022 geplant.

Die Ausschussmitglieder zeigen sich über diese Entwicklung sehr erfreut.

Frau Krause trägt den Inhalt der Aktion „Die nette Toilette“ vor, wonach Gastronomen ihre vorhandenen Toiletten auch als öffentliche Toiletten zur Verfügung stellen. Sie schlägt vor, in dieser Sache auch an die Stromberger Gastronomen zuzugehen. Die Stadt könne den Gastronomen, die sich beteiligen, eine kleine Aufwandsentschädigung gewähren, da es sicher kostenintensiver sei, eine öffentliche Toilette einzurichten und Instand zu halten. Dem stimmt Herr Leson zu. Sicher sei ein entsprechender Versuch sinnvoll.

Frau Krause teilt weiter mit, dass nach wie vor Straßenschäden in der Wiesenstraße vorhanden seien, die nach Abschluss der Arbeiten durch Unity Media nicht behoben wären. Es hätten sich tiefe Mulden gebildet, in denen sich das Wasser ansammle. Herr Jakobi berichtet von weiteren Stellen in Stromberg. Herr Reen führt aus, dass die Verwaltung bereits mehrere Mahnungen in der Sache verschickt habe und die Mängelbeseitigungen weiterverfolgen werde. Man habe Unity Media noch kein Abnahmeprotokoll erstellt.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

9. Aktuelle Sachstände zur Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Zukunft Stromberg

Herr Kaup teilt mit, dass die Einbindung Strombergs in das Radwegeverkehrskonzept in Vorbereitung sei.

Dann kommt Herr Kaup auf den aktuellen Sachstand zur Standortsuche für einen Mountainbike-Parcours zu sprechen. Herr Leson informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass zur Anlegung eines Mountain-Bike Parcours zwei Alternativflächen angeboten werden könnten, die beide in städtischer Hand seien. Die eine Fläche liege neben dem Spielplatz im Gaßbachtal, die andere südlich der Straße Up'n Dauden kurz hinter der Einfahrt aus dem Kreisverkehr ins Baugebiet Südlich der Beckumer Straße.

Die Fläche im Gaßbachtal sei bei den Projektverantwortlichen im Rahmen des Dorfentwicklungskonzeptes nicht auf Zustimmung gestoßen, so dass die Fläche Up'n Dauden nun favorisiert werde. Es handele sich um eine städtische Grünfläche, die zwar noch verpachtet sei, jedoch zeitnah genutzt werden könnte.

Herr Poppenberg teilt mit, dass diese Fläche von Beginn an die erste Wahl der Projektverantwortlichen gewesen sei. Herr Leson ergänzt, dass die Fläche jedoch bisher nicht angeboten werden konnte, da sie ursprünglich zur Entwässerung des neuen Baugebietes benötigt worden wäre. Dies sei nicht mehr erforderlich.

Herr Kaup erklärt, dass die Fläche sehr gut rückentwickelt werden könnte, falls der Mountainbike-Parcours irgendwann nicht mehr benötigt würde. Aus dem Bezirksausschuss werden keine Einwände gegen die Nutzung der Fläche als Mountainbike-Parcours vorgetragen. Herr Kaup möchte daher in Kürze eine Sitzung der Koordinierungsgruppe „Entwicklungskonzept Zukunft Stromberg“ einberufen, um die Zustimmung einzuholen, auch über die Verwendung von DEK Mitteln für den Parcours. Bei einem gleichartigen Parcours in Lippstadt würde die Anlage von den Nutzern selbst gepflegt und Instand gehalten, so Herr Kaup. Herr Sonneborn regt an, auch in Stromberg die Nutzer direkt einzubeziehen.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

10. Verwendung der Verfügungsmittel

Der Vorsitzende teilt mit, dass an Verfügungsmitteln noch 3.104,00 Euro zur Verfügung stünden. Er schlägt vor, diese Mittel entsprechend bereits gefasster Beschlüsse für die Materialbeschaffung neuer Sitzbänke und zur Unterstützung des Ehrenamtes zu verwenden. Darüber hinaus könnte eine Komplementärfinanzierung des geplanten Mountainbike-Parcours erfolgen.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss nimmt Kenntnis.

11. Verschiedenes; allgemeine Aussprache

Herr Oberscheidt schildert den überaus schlechten und auch gefährlichen Zustand der Treppenanlage am Kreuzbusch. Diese müsse dringend saniert werden, denn der Weg hinunter ins Gaßbachtal werde schon immer sehr gerne genutzt. Herr Leson teilt mit, dass entsprechende Mittel zur Sanierung der Treppenanlage für das Jahr 2021 in den städtischen Haushalt eingestellt seien (Planung in 2020 – Ausführung in 2021 – Gesamtsumme 50.000 Euro; die Fläche gehört der Stadt Oelde, nicht dem Kreis).

Herr Flaskamp ist der Meinung, dass der Kreuzbusch nach Fällung der Buchen wiederaufgeforstet werden sollte. Dazu führt Herr Knop aus, dass in den ersten zwei Jahren zunächst eine natürliche Verjüngung der Fläche erfolgen solle. Herr Kaup ergänzt, dass das liegengebliebene Holz leider ein schlechtes Bild abgebe. Er schlägt vor, die Entwicklung zunächst abzuwarten und die Angelegenheit später erneut auf die Tagesordnung des Bezirksausschusses Stromberg zu setzen.
(*Nachrichtlich: Das liegengebliebene Astwerk soll zunächst auf der Fläche verbleiben*).

Herr Josef Becker bedankt sich bei den Mitarbeitern von Forum Oelde für die sehr gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Ausrichtung des Pflaumenmarktes.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Winfried Kaup
Vorsitzender

Robin Ossenbrink
Schriftführer

Andrea Westenhorst
Niederschrift erstellt